



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0012/2017		Datum:	23.01.2017			
Verfasser:	02-SPD-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
02.02.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen		
Betreff:							
Antrag der SPD-Ratsfraktion: Schließung der Clemensstraße im Bereich des Zentralplatzes für den Individualverkehr							

Beschlussentwurf:

Der Rat möge beschließen,

die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Schließung der Clemensstraße im Bereich des Zentralplatzes für den Individualverkehr wieder eingeführt werden kann.

Begründung:

Die Neugestaltung des Zentralplatzes sah vor, dass die Clemensstraße im Bereich des Zentralplatzes für den Individualverkehr gesperrt wird, damit Fußgänger ungehindert vom Zentralplatz zum Schängel-Center und damit in die Altstadt gehen können. Der Zentralplatz sollte so eine „Scharnierfunktion“ zur Altstadt bilden. Damit sollte ein Beitrag zur Erhöhung des „Verkaufserlebnisses“, was ein Gegengewicht zur grünen Wiese ist, geleistet werden.

Nach wie vor beklagen Geschäftsleute insbesondere im Entenpfuhl, dass durch die generelle Öffnung der Clemensstraße die bei der Planung gewünschte „Scharnierfunktion“ bis heute nicht eintreten konnte.

Die durch die Neugestaltung/Sanierung der Clemensstraße zwischen Casinostraße und Poststraße notwendige Sperrung über Wochen hat gezeigt, dass eine Sperrung der Clemensstraße im Bereich des Zentralplatzes für den Individualverkehr auch verkehrstechnisch machbar ist.

Auch in Koblenz ist es an der Zeit, dass ein Umdenken weg von der autogerechten Stadt hin zu einer im wahrsten Sinne lebenswerten Stadt in praktisches Handeln umgesetzt wird.

Koblenz wird wohl wie viele andere Städte in Deutschland letztlich durch die EU gezwungen endlich die seit 2010 geltenden Feinstaubgrenzwerte einzuhalten, wozu der gestellte Antrag einen Beitrag leisten kann.